

PRESSEMITTEILUNG

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Wiesbaden, 22. Juli 2008

Nach der Festnahme von Neonazis in Nordhessen: Nazi-Umtriebe dürfen nicht länger verleugnet und verharmlost werden

Zur Festnahme einiger Rechtsradikaler, die Sonntagmorgen ein linkes Jugendcamp im nordhessischen Schwalm-Eder-Kreis überfallen und dabei ein 13-jähriges Mädchen schwer verletzt haben, erklärt Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Es ist höchste Zeit, dass die örtliche Polizei und die Behörden im Schwalm-Eder-Kreis endlich zur Kenntnis nehmen, was antifaschistische Gruppen schon seit langem beklagen: Es gibt in verschiedenen Orten des Landes – nicht nur in Nordhessen, sondern z. B. auch im Wetterau-Kreis – organisiert auftretende Neonazis. Zu ihren Methoden gehören Einschüchterungen, Drohungen und direkte Gewalt. Wie sich nun gezeigt hat, schrecken sie auch vor versuchtem Totschlag nicht zurück. Die örtlichen Vertreter der LINKEN-nahen Jugendorganisation ´solid sind in den letzten Jahren immer wieder mit entsprechenden Vorfällen konfrontiert gewesen.“

Diese Vorgänge, die in der Vergangenheit zum Glück weniger dramatisch abliefen als der Überfall am vergangenen Wochenende, seien von den Behörden allzu oft als unpolitische Taten dargestellt worden. Damit müsse Schluss sein, so Wilken.

„Rechte Vernetzungen und faschistische Umtriebe dürfen nicht länger verleugnet und verharmlost werden. In Hessen haben die ehemaligen `Freien Kameradschaften`, die für ihr aggressives Verhalten bekannt sind, die NPD weitgehend übernommen. Deshalb tritt DIE LINKE. dafür ein, dass das Land Hessen die Initiative für ein Verbot der NPD unterstützt.“

Außerdem müssten alle gesellschaftlichen Initiativen gegen Neofaschisten und Rassisten ausdrücklich ermüht und unterstützt werden, so Wilken. Dazu gehöre selbstverständlich auch die bessere finanzielle Unterstützung entsprechender Initiativen und Projekte.